

## **Antrag**

**der Abgeordneten Markus Meckel, Uta Zapf, Peter Zumkley, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD,  
der Abgeordneten Friedrich Merz, Michael Glos und der Fraktion der CDU/CSU,  
der Abgeordneten Angelika Beer, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie der Abgeordneten Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

### **46. Plenartagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) vom 17. bis 21. November 2000 in Berlin**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Zehn Jahre nach der Vereinigung Deutschlands treffen sich die Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) vom 17. bis 21. November im neuen Berlin. 1990 bildete die Souveränität des vereinigten Deutschland, seine Bündniszugehörigkeit frei zu wählen, einen zentralen Gegenstand der „2+4“-Verhandlungen. Im Ergebnis führte dieses zur NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands. Wir stellen heute fest, dass diese Weichenstellung Sicherheit und Stabilität in Europa gefördert hat. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit und Konsultation im Bündnis sind die besten Garantien gegen eine Renationalisierung von Sicherheit und Verteidigung. Dies für die Zukunft zu sichern, war und bleibt ein zentrales Ziel der deutschen Politik.

Auf dem Londoner NATO-Gipfel beschlossen die Staats- und Regierungschefs im Juli 1990 auf den Zusammenbruch der kommunistischen Regime zu reagieren, indem sie den ehemaligen Gegnern die „ausgestreckte Hand der Freundschaft“ anboten. Dabei konnte man an den Grundgedanken des Harmel-Bericht von 1967 anknüpfen, die Gewährleistung militärischer Sicherheit mit dem Bemühen um eine politische Entspannung zu verbinden. 1991 wurde der Nordatlantische Kooperationsrat gegründet, der eine förmliche Beziehung zur NATO herstellte.

Seitdem hat sich die NATO auf die veränderte Lage eingestellt, indem sich ihre Strukturen und Aufgaben grundlegend gewandelt haben. In den Folgejahren wurde es offensichtlich, dass die Sicherheit in Europa auf mehreren Pfeilern

ruht: Das Fundament bildet die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft. Daneben spielt die OSZE als gesamteuropäische Institution eine zentrale Rolle. Hinzu trat die tiefgreifende Abrüstung der konventionellen Streitkräfte im Rahmen des KSE-Vertrages von 1990.

Seit Anfang der 90er Jahre bildeten die Kooperation mit Russland und der Ukraine, sowie die Integration mittel- und osteuropäischer Staaten in EU und NATO eine besondere Herausforderung. Beim Washingtoner Gipfel wurde im April 1999 beschlossen, nach der ersten Erweiterungsrunde mit Polen, Ungarn und Tschechien die Tür für neue Mitglieder offen zu halten. Bei der Öffnung der Bündnisse hat die NATO PV eine wesentliche und manchmal eine Vorreiterrolle gespielt. Schon 1990 hat die Nordatlantische Versammlung den neuen Status „eines assoziierten Mitglieds“, geschaffen und die ersten Abgeordneten aus ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes, darunter Russland, aufgenommen. Einem umfassenden Sicherheitsbegriff hat die NATO PV schon in den 50er Jahren Rechnung getragen, indem sie neben einem Politischen-, einem Verteidigungs- sowie einem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie auch Ausschüsse für zivile und wirtschaftliche Angelegenheiten schuf.

Eine zentrale Herausforderung für die europäische Sicherheitspolitik der 90er Jahre bildete die Entwicklung in Südosteuropa. Nach den Einsätzen in Bosnien-Herzegowina hat die NATO in ihrem ersten größeren Kampfeinsatz im Kosovo-Konflikt 1999 eine wichtige Rolle bei der Beendigung von massenweisen Vertreibungen und ethnisch motiviertem Morden gespielt. Durch die Gewährleistung militärischer Sicherheit schafft die NATO zusammen mit ihren Partnern – insbesondere Russland – im Rahmen von SFOR und KFOR Grundlagen dafür, dass mit zivilen Mitteln – wie denen des Stabilitätspaktes – Frieden geschaffen werden kann. Mit dem Wahlerfolg der jugoslawischen Opposition und der Machtübernahme durch Präsident Kostunica eröffnet sich nach einem Jahrzehnt der Kriege die Chance, Wiederaufbau, Sicherheit und Stabilität in Südosteuropa zu erlangen.

Aufgrund der NATO-Intervention im Kosovo wurde das Verhältnis der NATO zu Russland belastet. Die Zusammenarbeit im Ständigen Gemeinsamen Rat (PJC) ruhte daher noch bis vor kurzem. Sowohl auf der Ebene der Außen- als auch der Verteidigungsminister haben die Gespräche mittlerweile wieder begonnen. Während Vertreter des Föderationsrates den Kontakt zur NATO PV auch angesichts der NATO-Lufteinsätze nicht abreißen ließen, zog sich die Duma zurück und nimmt ihre Rechte als Beobachter noch immer nicht wahr.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Kosovo-Konflikts beschleunigten sich die Bemühungen um den Aufbau einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP). Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden Anfang Dezember beim EU-Gipfel in Nizza weitreichende Entscheidungen zur GESVP treffen. Diese Entscheidungen werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die EU über eine echte eigene Handlungsfähigkeit auf dem Gebiet des politischen Krisenmanagements (Petersberg-Aufgaben) und zur Prävention mit zivilen und militärischen Mitteln verfügen kann. Zugleich bleibt aber die NATO die Grundlage für die kollektive Verteidigung auch ihrer der EU angehörenden Mitglieder. Die Transparenz der Entscheidungsabläufe ist gegenüber den Partnern garantiert und Konsultationen der EU mit der NATO sowie den europäischen NATO-Mitgliedern, die nicht der EU angehören, haben begonnen.

Eine Bedrohung der Sicherheit des euroatlantischen Raumes kann sich auch durch die Weiterverbreitung (Proliferation) von Massenvernichtungswaffen und der notwendigen Trägermittel ergeben. Daher ist eine auf der europäischen Ebene und im transatlantischen Bündnis abgestimmte Non-Proliferationspolitik

notwendig und sinnvoll. Sie erfordert politische Maßnahmen im Verhältnis zu den kritischen Staaten, die Weiterentwicklung der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie eine transatlantisch abgestimmte Rüstungsexportpolitik. Es ist zu begrüßen, dass US-Präsident Clinton darauf verzichtet hat, in diesem Jahr eine Entscheidung über die Stationierung eines Nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) zu treffen. Die gewonnene Zeit sollte man dazu nutzen, einen Dialog mit den NATO-Bündnispartnern über die ganze Bandbreite der Optionen zur Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme zu führen und dabei zu möglichst einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Parallel zum transatlantischen Dialog gilt es die Bemühungen um eine weltweite Nichtverbreitungspolitik zu verstärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Beschlüsse beim EU-Gipfel in Nizza weiterzuentwickeln und sich dabei auch für die Stärkung der Kapazitäten zum zivilen Krisenmanagement und der Prävention einzusetzen;
2. bei den Bündnispartnern weiterhin um Vertrauen in die komplementäre Entwicklung der sicherheitspolitischen Funktionen von NATO und EU zu werben und darauf zu dringen, dass sich die Konsultationen zwischen beiden Organisationen intensivieren;
3. den Zusammenhang des Prozesses von Beitritten weiterer Staaten zur NATO und zur Europäischen Union in ihrer Politik zu berücksichtigen;
4. eine aktive Rolle bei der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland und der Arbeit im Ständigen Gemeinsamen Rat zu spielen;
5. im Rahmen der Nordatlantischen Allianz auf eine gemeinsame Strategie zur Eindämmung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu dringen und dabei rüstungskontrollpolitische Errungenschaften, wie den ABM-Vertrag, zu schützen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die NATO PV auf,

1. im Hinblick auf die Überprüfung der Fortschritte im Rahmen der „Membership Action Plans“ im Jahr 2002 und bei der Öffnung des Bündnisses ihre vorandrängende Rolle weiterhin wahrzunehmen;
2. den offenen transatlantischen Dialog fortzusetzen und zu intensivieren.

IV. Der Deutsche Bundestag bekräftigt sein Ziel,

Frieden, kooperative Sicherheit und demokratische Stabilität im gesamten Europa zu fördern. Der Deutsche Bundestag lädt die russische Duma zur Plenartagung nach Berlin ein, um die parlamentarische Diskussion über Sicherheit in Europa und weltweit wiederaufzunehmen.

Berlin, den 15. November 2000

**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**  
**Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

